

Interpellation Fraktion SP/JUSO (Lena Allenspach, SP): Airbnb regulieren, Wohnraum schützen: Wo steht die Stadt Bern?

Im Februar 2022 hat die Stimmbevölkerung der Stadt Bern mit rund 82 Prozent das Zweitwohnungsreglement angenommen. Damit sollen gewerbliche Kurzzeitvermietungen über Buchungsplattformen wie Airbnb auf dem Altstadt-Perimeter nicht mehr zulässig sein. Die damals zeitgleich mit dem im Rat verabschiedeten Reglement eingereichte Motion 2021.SR.000196 verlangt, die Auswirkungen auf die anderen Stadtteile zu monitoren und im Falle einer nachweisbar starken Zunahme der Kurzzeitvermietungen in anderen Stadtteilen eine weitere Teilrevision der Bauordnung auszuarbeiten. Der Gemeinderat lehnt diese ab. Er schreibt in seiner Antwort vom 4. Mai 2022, dass «aus Sicht des Gemeinderats zum jetzigen Zeitpunkt kein Handlungs- und Regelungsbedarf für das ganze Stadtgebiet (besteht); ein solcher ist derzeit auch nicht absehbar.» Die Motion wurde nicht für dringlich erklärt, wodurch die Ausarbeitung einer neuen Vorlage nach Behandlung dieser im Stadtrat bereits zu spät sein dürfte.

Die Stadt Bern ist in der Schaffung von mehr bezahlbarem und gemeinnützigem Wohnraum in vielen Bereichen eine Vorreiterin. Doch die Situation für Mieter:innen spitzt sich in den Zentren nach wie vor zu. Gleichzeitig boomen gewerbliche Kurzzeitvermietungen auf Online-Plattformen, was bestehenden Wohnraum gefährdet. In der Stadt Bern betrifft das v.a. die Buchungsplattform Airbnb. Die Plattform Airbnb gehörte bei der Gründung zum Bereich der «Sharing Economy».

Einem Wirtschaftssystem, durch das Menschen Güter und Dienstleistungen (gegen ein Entgelt) miteinander teilen. Da diese Online-Plattformen jedoch auch gewerbliche Vermietungen zulassen, gleicht es heute einem Geschäftsmodell, das hohe Renditen für die Immobilienbesitzer:innen verspricht und Mieter:innen belastet. Die Stadt Bern soll bestehenden Wohnraum schützen und Online-Plattformen wieder zum Homesharing-Gedanken zurückführen. Dazu braucht es flächendeckende Regulierungen - gerade in der Stadt der kurzen Wege. Es ist zudem zu befürchten, dass die gewerblichen Kurzzeitvermietungen wieder steigen, sobald sich die Branche von den Folgen der Pandemie erholt hat.

Aufgrund der oben genannten Gründe wird der Gemeinderat gebeten folgende Fragen zu beantworten:

1. Wo steht die Umsetzung des Berner Zweitwohnungsreglements?
2. Wie schätzt der Gemeinderat die Entwicklung der gewerblichen Kurzzeitvermietungen durch Buchungsplattformen wie Airbnb in der Stadt Bern ein?
3. Besteht aus Sicht des Gemeinderats zum jetzigen Zeitpunkt nach wie vor kein Handlungs- und Regelungsbedarf für das ganze Stadtgebiet?
4. Falls nein, ab welchem Punkt will der Gemeinderat den Wohnraum auch ausserhalb der Altstadt vor gewerblichen Kurzzeitvermietungen schützen?

Begründung Dringlichkeit

Die Kaufkraft der Menschen steht stark unter Druck u.a. aufgrund der hohen Mieten und dem drohenden Anstieg des Referenzzinssatzes. Ausserdem bedarf es nach wie vor an mehr bezahlbarem Wohnraum, um der tiefen Leerwohnungsziffer in der Stadt entgegenzutreten. Es ist zudem zu befürchten, dass die gewerblichen Kurzzeitvermietungen wieder steigen, sobald sich die Branche von den Folgen der Pandemie erholt hat. Massnahmen zum Schutz von bestehendem Wohnraum sollten daher nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 27. April 2023

Erstunterzeichnende: Lena Allenspach

Mitunterzeichnende: Barbara Keller, Johannes Wartenweiler, Bettina Stüssi, Chandru Sundaram, Fuat Köçer, Lukas Wegmüller, Diego Bigger, Sofia Fisch, Halua Pinto de Magalhães, Dominic Nellen, Nora Krummen, Michael Sutter, Laura Binz, Timur Akçasayar, Nicole Silvestri, Barbara Nyffeler, Paula Zysset, Valentina Achermann